

## Protokoll

über die Gemeindeversammlung von Mittwoch, 28. Mai 2008, 20.00 Uhr im Gemeindesaal, Baselstrasse 6.

---

Am Mittwoch, 28. Mai 2008, 20.00 Uhr versammelten sich die stimmberechtigten Personen der Einwohnergemeinde Grellingen nach Publikation der Traktandenliste im Wochenblatt vom 28. Februar 2008, Mitteilung an alle Haushalte und Anschlag zur Behandlung folgender

### TRAKTANDEN

1. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 18. März 2008.
2. Gemeinderechnung 2007: Genehmigung der Rechnung und der Nachkredite:
3. Vorstellung des Finanzplanes 2008 bis 2012.
4. Beratung und Beschlussfassung über den Vertrag zur Schaffung einer Regionalen Vormundschaftsbehörde Laufental und der damit verbundenen Änderung von § 4 der Gemeindeordnung.
5. Verschiedenes.

Änderungen zur Traktandenliste werden nicht verlangt.

Stimmberechtigt sind alle Schweizer Bürger, die das 18. Altersjahr erreicht haben, und in Grellingen wohnsitzberechtigt sind.

Entschuldigt hat sich Herr Flury, Gemeinderat, wegen Auslandsaufenthalt

Als Stimmzähler werden vorgeschlagen und bestätigt:

Herr M. Kobler  
Herr W. Dill

• Teilnehmende:

29 Stimmberechtigte

• Gäste:

Pressevertreter:

Herr Leuthard, bz  
Herr Fink, Baz  
Frau D. Formenton

Es wird festgestellt, dass die Versammlung nach den Bestimmungen des Gemeindegesetzes einberufen worden ist. Zur Gemeindeversammlung sind die Stimmbürger/-innen frühzeitig eingeladen worden.

## **Traktandum 1**

### **Protokoll der Gemeindeversammlung vom 18. März 2008.**

---

Gemäss Organisations- und Verwaltungsreglement ist das Protokoll nicht mehr zu verlesen. Es wurde 10 Tage vor der Versammlung in der Verwaltung aufgelegt und war dort einsehbar. Aenderungen oder Ergänzungen werden nicht verlangt.  
://: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

## Traktandum 2

### Gemeinderechnung 2007: Genehmigung der Rechnung und der Nachkredite.

Herr F. Meyer: In der Gesamtübersicht weist die Rechnung 2007 folgende Werte aus:

Aufwand	6 852 057.45
Ertrag	<u>6 941 472.35</u>
<b>Ertragsüberschuss</b>	<b><u>89 414.00</u></b>

Eintreten wird nicht bestritten.

#### **Rechnungsgrundlagen**

Rechnungsgrundlagen werden anhand einer Tabelle einzeln vorgestellt.

Die Kehrrechtgrundgebühr ist auf das Jahr 2007 von Fr. 50.00 auf Fr. 30.00 reduziert worden. Die andren Gebühren sind nicht verändert worden.

#### **Laufende Rechnung**

Die Gemeindebetriebe werden innerhalb der Rechnung als separate Kostenstellen ausgewiesen, die am Jahresende auszugleichen sind. Die wichtigsten Einnahmen waren:

Steuerertrag	2 763 262 oder 40 %
Finanzausgleich	1 746 028 oder 25 %

Grellingen hat hohe Einnahmen aus dem Finanzausgleich, mit dem der Finanzertrag der Gemeinden durch den Kanton ausgeglichen wird.

Das kostenintensivste Ressort ist die Bildung mit einem Anteil von 28 %, gefolgt von der Sozialen Wohlfahrt mit einem Anteil von 20 %. Ein Teil der Lehrerbesoldung wird vom Kanton subventioniert. In Grellingen sind die Sozialausgaben leider wieder angestiegen, was eine negative Entwicklung ist. Im steuerfinanzierten Bereich sind die Gemeindebetriebe nicht enthalten.

Die Gemeindebetriebe – Wasser, Abwasser, Kabelfernsehen und Abfall – müssen in sich ausgeglichen werden. Beim Wasser und Abwasser sind nicht alle geplanten Investitionen realisiert worden. Künftig ist bei diesen Werken mit höheren Investitionen zu rechnen.

Wichtig ist die Selbstfinanzierung, die aufzeigt, welcher Betrag für die direkte Finanzierung von Investitionen zur Verfügung steht. Im steuerfinanzierten Bereich beträgt sie rund 0,5 Mio.

#### **Investitionsrechnung**

Finanziert wurden 0,5 Mio. für das Projekt Wohnen im Alter; davon Fr. 250 000.00 in Form eines festverzinslichen Darlehens.

Bei den Gemeindebetrieben betragen die Investitionen rund Fr. 800 000.00. Die Selbstfinanzierung war total Fr. 874 000.00.

#### **Detailinformationen**

**Allgemeine Verwaltung:** Legislative: Entstanden sind zusätzliche Ausgaben wegen der Durchführung der kantonalen und eidgenössischen Wahlen.

Gemeindehaus: Realisiert wurden zusätzliche Abschreibungen, die zu einem höheren Aufwand geführt haben.

**Öffentliche Sicherheit:** Bei der Amtsvormundschaft sind die Kosten angestiegen, weil eine Rückstellung realisiert worden ist.

**Bildung:** Beim Kindergarten sind etwas höhere Lohnkosten entstanden. Ebenfalls bei der Lehrerbesoldung der Primarschule wegen Mutterschaftsurlaub. Diese Kosten werden aus der Mutterschaftsversicherung zurückerstattet.

Bei den Schulanlagen wurden ebenfalls zusätzliche Abschreibungen vorgenommen.

In Zwingen besteht ein Mittagstisch, der durch die Gemeinde mitfinanziert wird.

Gemäss Bildungsgesetz ist der Mittagstisch anzubieten, der auf Kantonsstufe voraussichtlich auf 2009 eingeführt werden soll. Diese Kosten müsste eigentlich der Kanton finanzieren.

**Kultur und Freizeit:** Ausbezahlt wurde wieder ein Betrag von Fr. 10 000.00 an die Dorfvereine für die Vereins- und Jugendförderung. Ein hoher Kostenfaktor sind die Abschreibungen auf dem Gemeindeplatz. Investitionen sind zum Satz von 10 % abzuschreiben.

**Soziale Wohlfahrt:** Angestiegen sind leider die Unterstützungsleistungen im Bereich der Sozialhilfe. Die Fallzahlen blieben ähnlich; angestiegen sind jedoch die Fallkosten.

**Verkehr:** Entstanden sind höhere Lohnkosten wegen der Erkrankung des ehemaligen Werkhofmitarbeiters. Ein Teil wurde von der Versicherung zurückerstattet.

Der Anteil für die Umweltschutz-Abonnemente betrug Fr. 62 629.00.

Die SBB-Tageskarten waren zu rund 95 % ausgelastet. Resultiert hat erfreulicherweise ein bescheidener Ertragsüberschuss. Nicht enthalten ist jedoch der Personalaufwand. Leider haben die SBB die Kosten für die Tageskarten massiv erhöht.

**Umwelt und Raumordnung:** Bei der Raumplanung wurden auf den Planwerken Zusatzabschreibungen vorgenommen und gleichzeitig die Organisationsanalyse realisiert.

**Volkswirtschaft:** An die Burgergemeinde entrichtete die Gemeinde einen Beitrag von Fr. 15 000.00 für die Waldpflege. Enthalten sind ebenfalls die Kosten an den Verein Promotion Wirtschaftsförderung.

Sehr erfreulich entwickelt sich der Bahnhofkiosk. Es resultierte ein beachtlicher Ertragsüberschuss.

**Steuern:** Höher ausgefallen als budgetiert waren die Einkommen- und Vermögenssteuern. Abgeschrieben werden mussten leider auch Steuerausstände.

Aus dem Finanzausgleich resultierten höhere Einnahmen, der mit 7 % des Staatssteuerertrages finanziert wird.

Das Gemeindehaus ist unterteilt in Finanz- und Verwaltungsvermögen, weshalb die Kosten für die Obergeschosse separat ausgewiesen sind. Enthalten ist eine Rückstellung.

### **Bestandesrechnung**

Die flüssigen Mittel haben sich etwas reduziert. Beim Abfall ist die Entwicklung der Spezialfinanzierung zu beachten wegen der Reduktion der Grundgebühr.

Die Prokopfverschuldung der Gemeinde hat sich weiter reduziert.

Die Situation wird sich ändern, wenn die Investitionen bei den Werkleitungen realisiert werden.

### **Revisorenbericht**

Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission hat die Rechnung geprüft und festgestellt, dass sie korrekt geführt worden ist. Die GRPK beantragt der Versammlung, die Rechnung zu genehmigen.

### **Beratung**

### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beantragt der Versammlung, die Rechnung und die Nachkredite zu genehmigen.**

**Die Versammlung stimmt dem Antrag einstimmig zu.**

## **Traktandum 3**

### **Vorstellung des Finanzplanes 2008 bis 2012.**

---

Herr F. Meyer: Die Finanzplanungskommission FPK unterstützt den Gemeinderat GR bei der Planung des Finanzhaushaltes und überarbeitet den Finanzplan immer im Frühjahr.

Als Basis dient die abgeschlossene Rechnung und die Kosten für die vorgesehenen Projekte, die vom Gemeinderat festgelegt worden sind.

Der Plan wird jedes Jahr überarbeitet.

Bei den Einnahmen wird mit einer geringen Zunahme der Steuererträge gerechnet. Gegenwärtig wird der Finanzausgleich überarbeitet. Voraussichtlich werden die kleineren Gemeinden geringere Beiträge ausbezahlt erhalten. Ab 2009 wird daher mit einer Reduktion gerechnet.

Bei den Ausgaben wurde die voraussichtliche Entwicklung berücksichtigt. Bei den Lohnkosten wurde eine Erhöhung von 1,5 % pro Jahr angenommen. Die Selbstfinanzierung wird sich voraussichtlich reduzieren. Im Planungszeitraum beträgt sie rund 1,5 Mio. Geplant sind Investitionen von 2,0 Mio.

Bei den Gemeindebetrieben sind hohe Investitionen zu erwarten. Dagegen bleibt die SF bescheiden. Diese Entwicklung führt zu einer Belastung. Im Wasser und Abwasser betragen die Investitionen rund 1,9 Mio. Bei der GGA ist bereits der Kredit für die Erneuerung von 0,7 Mio. bewilligt. Der Ausbau führt zu einem Mehrwert. Angepasst werden müssen die Benutzungsgebühren, voraussichtlich auf Fr. 204.00 pro Jahr.

Die Nettoinvestitionen betragen rund 3,9 Mio. Zur Finanzierung ist Fremdkapital aufzunehmen. Nötig sind zusätzliche Einnahmen.

#### **Werkleitungen:**

In der Vergangenheit wurde der Ersatz der Leitungskosten nicht berücksichtigt. Deshalb sind Zusatzeinnahmen nötig. Denkbar ist, dass dafür eine Grundgebühr eingeführt wird.

Wenn von einem Wiederbeschaffungswert von 1 % ausgegangen wird, ist eine Einlage in den Erneuerungsfonds von rund Fr. 400 000.00 nötig. Pro Haushalt sind dies rund Fr. 400.00 pro Jahr.

Die Gemeinde hat wegen der Erneuerung beachtliche Ausgaben zu erwarten.

Die FPK hat die Entwicklung der Finanzen in verschiedenen Tabellen und Grafiken aufgearbeitet.

Über den Finanzplan ist nicht abzustimmen. Er dient lediglich der Information. Der FPK wird der Dank für die fundierte Arbeit ausgesprochen.

## Traktandum 4

### **Beratung und Beschlussfassung über den Vertrag zur Schaffung einer Regionalen Vormundschaftsbehörde Laufental und der damit verbundenen Änderung von § 4 der Gemeindeordnung.**

Herr F. Meyer: Festgestellt wird, dass Eintreten nicht bestritten wird.

Der Grund für die Änderung ist die Revision des ZGB. Daraus ändert auch das Vormundschaftsrecht. Künftig wird es nur noch Beistandschaften geben. Sie müssen auf die Massnahmen hinweisen.

Daraus resultieren organisatorische Änderungen. Neu werden die Kompetenzen an eine Fachkommission delegiert. Das Vormundschaftsamt wird künftig reine Aufsichtsbehörde, die voraussichtlich mit Gerichtsfunktionen ausgestattet wird.

Die Revision des ZGB hat das Parlament bereits verabschiedet. Voraussichtlich wird es 2012 in Kraft gesetzt. Die Kantone sind frei in der Umsetzung. Für einen Vormundschaftskreis ist ein Einzugsgebiet von 15 000 – 20 000 Einwohner eine ideale Grösse. Eine Gemeinde muss eine gewisse Grösse zu haben, damit für sie eine eigene VB sinnvoll ist.

In den letzten Jahren sind die Vormundschaftsfälle angestiegen. Zahlenmässig wie auch im Schwierigkeitsgrad. Häusliche Gewalt ist heute strafbar. Angestiegen sind die Beschwerden und die Prozessfreudigkeit. Kleinere Gemeinden können die Fachkompetenz schwierig aufbauen. Der GR kann einen Fall nicht mehr detailliert bearbeiten. Nötig ist deshalb eine externe fachliche Unterstützung, die oft die Vorarbeiten leistet. Heute muss die Fachkommission die Kompetenz für einen Entscheid haben. Die Folgen sind oft heikel zu bearbeiten. Bspw. Schadenersatzforderung.

Die Gemeindepräsidenten im Laufental haben eine Arbeitsgruppe eingesetzt zur Vorbereitung der regionalen Lösung. Ausgearbeitet wurde eine Ist-Analyse. In der Deutschschweiz ist der Gemeinderat Vormundschaftsbehörde. In der Romandie wird sie durch eine gerichtliche Instanz ausgeübt. Im Tessin ist sie eine eigenständige Behörde. Als vernünftige Organisation wurde das Modell Tessin erachtet.

Für das Präsidium der Behörde ist in jedem Fall eine Person mit juristischer Ausbildung nötig.

Als nicht effizient erachtet wurde eine Behörde mit einem Vertreter pro Gemeinde.

Vorgesehen ist ein Spruchkörper mit Präsidium, Vicepräsidium und Gemeindevertreter. Damit ist jede Gemeinde im Verfahren vertreten. Vorgesehen ist folgende Ausstattung:

Präsidium: Jurist im Vollamt

Vice-Präsidium: Gemeindevertreter

Sekretariat: Pensum 40-60 %

### **Finanzierung**

Binningen hat eine Juristin und ein Sekretariat mit einem Pensum von ca. 50 %. Die Kosten der VB betragen Fr. 250 000.00, oder Fr. 14.00 pro Einwohner. Für Grellingen würde dies einem Kostenanteil von Fr. 26 000.00 entsprechen.

Für die Gemeinde resultierte eine Entlastung und eine Effizienzsteigerung; Doppelspurigkeiten könnten vermieden werden. Die Variante ist günstiger als eine gerichtliche Lösung.

Die Klientenbuchhaltung wird durch die Behörde geführt.

### **Zeitplan:**

Vernehmlassung bei den Gemeinden und Vorprüfung beim Kanton sind durchgeführt.

Genehmigung des Vertrages durch die Gemeinden bis 30. Juni 2008.

Urnenabstimmung Grellingen, 28. September 2008.

Vorbereitungsarbeiten bis Ende 2008.

Operative Tätigkeit ab 1. Januar 2009.

Burg i. L. und Duggingen werden sich nicht an der Regionallösung beteiligen.

Bis auf Grellingen und Zwingen haben dem Projekt bereits alle Gemeinden im Amt Laufen zugestimmt.

## **Beratung**

Wie ist die Kostenbelastung?

A: Für jeden Fall ist eine Zeiterfassung zu führen. 30 % der Gesamtkosten werden pro Kopf abgerechnet, 70 % pro Fallkosten. Das Präsidium wird voraussichtlich mit einem Pensum von 80 % besetzt.

## **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beantragt der Versammlung, den Vertrag zur Schaffung einer Regionalen Vormundschaftsbehörde Laufental und der damit verbundenen Änderung von § 4 der Gemeindeordnung zu genehmigen.**

**Die Versammlung stimmt dem Antrag einstimmig zu.**

## Traktandum 5

### Verschiedenes

---

#### **Feuerwehrverbund:**

Die Gemeinden Aesch, Duggingen, Grellingen und Nenzlingen beabsichtigten einen gemeinsamen Verbund Vb zu gründen mit einem Hauptstandort Aesch und einem Nebenstandort Grellingen. Die politischen Behörden erachteten den Vb als gute Lösung. Nenzlingen hat den Vb abgelehnt. Duggingen hat eine Konsultativabstimmung durchgeführt, die negativ ausgefallen ist. Pfeffingen und Aesch werden einen Vb beschliessen, die anderen Gemeinden können später beitreten. Langfristig ist der Verbund die richtige Lösung.

#### **Verkehrsberuhigende Massnahmen:**

Die eingesetzte Arbeitsgruppe wurde aufgelöst. Die Anliegen werden in der neuen Amtsperiode aufgenommen.

#### **Birsbrücke, Bauarbeiten:**

Die Bauarbeiten wurden mit einer Verzögerung von 1 Monat Ende Mai aufgenommen. Bauzeit ist voraussichtlich bis November 2008.

#### **Kaminfegerkreis:**

Die Gebäudeversicherung hat als neuen Kaminfeger von Grellingen Herrn Wolfensberger bestimmt per 1. April 2008. Er ersetzt Herrn Frei.

#### **Mehrzweckhalle, Umbau**

Der Gemeinderat hat die Aufträge für den Umbau vergeben. Die Bautätigkeit wird vor den Schulferien aufgenommen

#### **Gemeinderat / Verabschiedung**

3 Mitglieder werden Ende Amtsperiode aus dem Amt ausscheiden.

Stefan Flury. Gemeinderat seit 01.07.2000.

Andreas Giger: Gemeinderat seit 01.11.1994. Bearbeitet wurden verschiedene wichtige Projekte wie der Kantonswechsel, Gemeindeprojekte. Bspw. Umbau Bahnhof, Dorfplatz, Gemeindehaus, usw.

Stephan Pabst: Gemeinderat seit 01.01.1989. Ein komplexes Ressort betreut. Dank für die aktive Zusammenarbeit. Interessante und lehrreiche Zeit.

An die übrigen Mitglieder wird ein Becher abgegeben als Dank für die Arbeit in der abgelaufenen Amtsperiode.

#### **Termine**

16.10.08, Gemeindeversammlung

09.12.08, Gemeindeversammlung Budget

29.05.08, Informationsveranstaltung in Duggingen zum Thema Solaranlagen.

Schluss der Versammlung: 21.45 Uhr.

Für das Protokoll:

Der Versammlungsleiter

Der Verwalter